

## **E i n l a d u n g**

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich  
Sitzungstermin: Dienstag, 03.09.2013, 16:00 Uhr  
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 28.08.2013

### **1. An die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses**

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.05.2013**
- TOP 4 Beteiligung an der kommunalen Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG  
Vorlage: 2013/109**
- TOP 5 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan  
Vorlage: 2013/057A**
- TOP 6 Schließung der Sitzung**

Mit freundlichen Grüßen  
In Vertretung  
gez. Henkel  
1. Gemeinderat

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2013/109**

freigegeben am 08.07.2013

**Stab**

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

**Datum: 08.07.2013**

### **Beteiligung an der kommunalen Netzbeteiligung Northwest GmbH & Co. KG**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	03.09.2013	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	10.09.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	10.09.2013	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Gemeinde Rastede beteiligt sich mit einem Betrag von bis zu 2,0 Mio. € an der kommunalen Netzbeteiligung Northwest GmbH & Co. KG (KNN), soweit hierfür
  - a) entsprechende Beteiligungsanteile zur Verfügung stehen, mindestens jedoch mit dem gegenüber der Gemeinde Rastede eingeräumten Beteiligungsanteil für die erste Beteiligungsquote 2013 in Höhe von 882.708,48 €
  - b) ein KfW-Kredites zur Finanzierung der Beteiligung zur Verfügung gestellt wird.
2. Die Tilgung eines Darlehns erfolgt unter Inanspruchnahme der Dividendenzahlungen der KNN im Zeitraum von 10 Jahren.

#### **Sach- und Rechtslage:**

- I) Im Zusammenhang mit dem Abschluss der Wegenutzungsverträge Strom / Gas mit der EWE Netz GmbH (vgl. Vorlage Nr. 2012/213) hatte der Rat in seiner Sitzung am 11.12.2012 gleichzeitig beschlossen, grundsätzlich ein zum damaligen Zeitpunkt lediglich in Aussicht gestelltes Angebot der EWE Netz GmbH zur Beteiligung an dieser annehmen zu wollen.

Nachdem sich die Angebotsvorlage durch die EWE aufgrund erforderlicher Beteiligungsprüfungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinausgezögert hatte, wurde es im Laufe des Junis zwischenzeitlich konkretisiert vorgelegt.

Eine zusammenfassende Darstellung des Beteiligungsmodells ist dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegt. Aus Gründen des Umfangs wurde auf eine Vorlage eines detaillierten Vertragswerks verzichtet, kann aber selbstverständlich jederzeit eingesehen werden.

Auf die zusammenfassende Darstellung wird insoweit durch Konkretisierungen für die Situation der Gemeinde Rastede Bezug genommen.

II) Im Kern sieht das Angebot zur Beteiligung für die Gemeinde Rastede vor, dass

- a) 2013 Beteiligungsanteile im Wert von mindestens 10.045,44 € und höchstens 882.708,48 €, entsprechend 0,0467 % der Beteiligungsgesellschaft und
- b) 2018 Anteile im Wert von dann insgesamt 4.541.921,28 € - unter Berücksichtigung von a) - (entsprechend 0,2404 % der Beteiligungsgesellschaft) erworben werden können.

Die Spaltung dieser Anteilsmargen ist steuerrechtlichen Fragen der EWE Netz GmbH geschuldet. 2013 können, maximal bis zum Anteil, der für Rastede insgesamt in 2018 zur Verfügung gestellt werden würde, zusätzliche Anteile dann erworben werden, soweit ein Abfluss aller Anteile 2013 an die berechtigten Kommunen nicht erfolgt. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass eine von der EWE Netz GmbH erwartete Anteilsfinanzierung erfolgt, gleichzeitig allerdings keine Gemeinde überproportional an der Beteiligung partizipieren kann. Die Beteiligungsverhältnisse insgesamt sind für jede der insgesamt 288 potenziell berechtigten Kommunen auf der gewichteten Basis eines Einwohner- und eines Flächenschlüssels ermittelt worden.

Der vorgenannte Anteil bezieht sich auf die Kommunale Netzbeteiligung Northwest GmbH & Co. KG (KNN), die ihrerseits wiederum eine Beteiligung an der EWE Netz GmbH hält / halten wird.

Die Gemeinde Rastede erhält für diese Beteiligung eine durch Gesellschaftsvertrag verbrieft Garantiedividende in Höhe von 4,75 % des Beteiligungsanteils nach Steuern auf Beteiligungsgesellschaftsebene, also jährlich bei a) 41.928,65 € und bei b) 215.741,26 €

Das Beteiligungsverhältnis ist langfristig angelegt. Eine Kündigung ist deshalb frühestens 2028 möglich. Ausnahmsweise ist eine Veräußerung der Anteile an eine andere Kommune, die ebenfalls erwerbsberechtigt ist, oder an ein mit der EWE verbundenes Unternehmen früher möglich.

Aus allen Beteiligungskommunen sind zu gegebener Zeit bis zu 3 Aufsichtsratsmitglieder eines maximal 18-köpfigen Aufsichtsrates zu bestimmen. Weitere Details ergeben sich aus der bereits benannten Anlage 1.

III) Die Bewertung des Angebotes ist aus mehreren Perspektiven möglich:

#### **1. Beteiligungsverhältnis an sich**

Wenngleich eine Beteiligung im formellen Sinne gegeben ist, muss man bezüglich selbst des maximalen Umfangs erhebliche Abstriche bei einem gewollten Mitspracherecht machen. Ein selbst bei vollständiger Beteiligung entstehender Umfang von ungefähr 0,25 % Anteilen für die Gemeinde Rastede ist keine Unternehmensbeteiligung im eigentlichen Sinne. Dies drückt sich sicherlich auch in der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder der Netzgesellschaft aus. Drei Aufsichtsratsmitglieder bei 288 möglichen Teilnehmerkommunen bedeuten selbstverständlich nur ein sehr bedingtes Mitspracherecht.

Gleichwohl besteht für die Gemeinde Rastede erstmals und, gemessen an den Beratungen im Zusammenhang mit der Neuvergabe der Wegenutzungsverträge, gewollt die Möglichkeit, eine Unternehmensbeteiligung zu realisieren. Die Beteiligung in Verbindung mit einer Bündelung gleichgelagerter Interessen auf kommunale Ebene beinhaltet jedenfalls die Möglichkeit, eigene kommunale Positionen nachhaltiger vertreten zu können. Das wird offensichtlich auch von der EWE so gesehen, denn die durch die Maßnahmen erzielten Finanzmittel ließen sich für sie anderweitig günstiger beschaffen.

## **2. Beteiligung in finanzieller Hinsicht**

Eine Beteiligung macht aus Sicht der Gemeinde selbstverständlich nur dann Sinn, wenn ein Ertrag erzielt werden kann. Bei der ausgelobten Garantiedividende ist deshalb entscheidend, welche Aufwendungen grundsätzlich gegenüberstehen.

Es wird davon ausgegangen, dass die Finanzierung der Beteiligung im Wesentlichen durch Fremdkapital erfolgt; dies deshalb, um eine Bewertung der Renditemöglichkeiten unter möglichst ungünstigen Gesichtspunkten beleuchten zu können. Derzeit besteht für die Gemeinde die Möglichkeit der Refinanzierung über ein Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Bei einem derzeitigen Zinssatz von 1,49 % ergebe sich folglich ein Zinsvorteil von 3,26 % brutto, entsprechend der Teillösung II a) 28776,30 €p. a.

Bei einer Gesamtdividende für die Mindestlaufzeit könnten deshalb mehrere Überlegungen angestellt werden:

- a) Die Gemeinde generiert für den Ergebnishaushalt die jährliche Dividende, bezahlt die Zinsaufwendungen und löst das Darlehen nach der Kündigungsfrist im Jahre 2028 vollständig aus dem Verkaufswert der Beteiligung ab. Vorteil wäre die kurzfristige Verbesserung des Ergebnishaushaltes und der Liquidität.

Da es sich um ein Beteiligungsverhältnis handelt, bestünde zwar theoretisch auch die Möglichkeit des Wertverlustes. Der Verkaufswert richtet sich nach dem in Jahr 2028 von einem neutralen Gutachter festgestellten Wert des Gesamtunternehmens. Dieser Wert kann sowohl höher als auch niedriger als der Einstandspreis sein. Betrachtet man die Entwicklung des Unternehmens insbesondere seit dem Jahr 2006, ist eine grundsätzlich steigende Tendenz festzustellen, was zum jetzigen Zeitpunkt auch unter Berücksichtigung des Energiemarktes den Schluss zulässt, dass ein Wertverlust eher unwahrscheinlich ist. Mindestens aber besteht die Möglichkeit, ein insgesamt besseres Verkaufsergebnis dann abzuwarten.

- b) Die Gemeinde nutzt lediglich den Ertragsvorteil für die Darstellung des Ergebnishaushaltes, tilgt jedoch das Darlehen aus der Dividende unter Bereitstellung zusätzlicher Mittel im Investitionshaushalt. Auf diese Weise könnte bei einer Tilgungsdauer eines KfW-Kredites (die beim günstigsten Zinssatz 10 Jahre beträgt) nach dem 10. Jahr jährlich eine zusätzliche Ertrags- und Liquiditätsverbesserung in Höhe der Garantiedividende vereinnahmt werden und der Beteiligungsanteil stünde wertmäßig nachweisbar zur Verfügung, ggf. auch zu Verkaufszwecken. Diese Lösung hätte den Charme, nachhaltig finanzielle Sicherung für die Gemeinde betreiben zu können.

In diesem Falle würde unter Berücksichtigung einer Laufzeit von 15 Jahren (also bis 2028) eine Bruttorendite von 4,23 % durchschnittlich erzielt werden können, ein jedenfalls aus heutiger Sicht sehr guter Wert. Die Tilgung würde sich insoweit auch nicht nachteilig auf die denkbare Kreditaufnahmengrenze der Gemeinde insgesamt auswirken; diese – nicht betragsmäßig feststehende – Grenze wäre zu beachten, um die nach dem Gesetz erforderliche dauerhafte Leistungsfähigkeit sicherstellen. Der Verzicht auf Liquidität in diesem Zusammenhang wäre deshalb aus Sicht der Verwaltung nur dann nachteilig zu bewerten, wenn bedingt durch das Beteiligungsverhältnis eine weitere Kreditaufnahme nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich wäre und deshalb im Leistungssegment der Gemeinde auf beispielsweise die Bereitstellung der Daseinsvorsorgeangebote oder aber Investitionen verzichtet werden müsste.

Dies ist jedoch erkennbar nicht der Fall. Durch die Kreditaufnahme mit positiver Ertragsauswirkung würde das Kreditvolumen aus der Sicht der Haushaltssatzung und der kommunalrechtlichen Genehmigungsfähigkeit nicht tangiert werden. Unter Berücksichtigung dieses Hintergrundes und der Einschätzung hinsichtlich der Sicherheit des Beteiligungsanteils schließen sich deshalb Finanzanlage, fehlende Liquidität und Durchführung von Leistungen / Maßnahmen nicht aus.

- c) Ob und inwieweit sich dieser Wert für eine Beteiligung ab 2018 verändern könnte, kann zurzeit nicht vorhergesehen werden. Ausführungen hierzu werden deshalb auch nicht angestellt und frühestens 2018 erneut zur Beratung vorgestellt werden. In Anbetracht der heutigen Erkenntnisse und den insbesondere unter b) formulierten Aussagen stellt sich allerdings die Frage, ob bei grundsätzlich positiver Einschätzung der Beteiligung die Möglichkeit genutzt werden sollte, 2013 einen höheren Betrag zu wählen, weil erkennbar nicht alle Kommunen ein Beteiligungsverhältnis eingehen wollen oder können.

Die höhere Beteiligung wäre aus Sicht der Verwaltung konsequent, allerdings nur insoweit, als die Finanzierung durch das besonders günstige KfW-Programm sichergestellt werden kann. Dies ist beschränkt auf einen Umfang von maximal 2 Mio. €

Wie bereits vorher ausgeführt, würde selbst bei einer deutlichen Erhöhung der Beteiligungsquote das Kreditlimit der Gemeinde nicht ansatzweise erreicht werden, sodass jedenfalls aus heutiger Sicht diese höhere Beteiligungsüberlegung denkbar wäre.

- d) Im Zuge der Dividendenzahlung fallen Steuern, auch für die Gemeinde Rastede, an, die selbstverständlich das Ergebnis mindern. Im Rahmen einer durch viele potenzielle Anteilskommunen in Auftrag gegebenen gutachterlichen Stellungnahme zum Angebot der EWE hat die hiermit beauftragte BBT Rechts- und Steuerkanzlei, Hannover, Möglichkeiten aufgezeigt, insbesondere ertragssteuerliche Fragen zugunsten der Gemeinde zu klären. Im Rahmen eines sog. „kleinen steuerlichen Querverbundes“ wäre die Möglichkeit gegeben, die aus dem Beteiligungsverhältnis anfallende Kapitalertragsteuer zusätzlich des entsprechenden Solidaritätszuschlages mit dem Jahresfehlbetrag aus dem Bereich Bäder zu verrechnen.

Selbstverständlich bedarf es insoweit einer sog. verbindlichen Auskunft des Finanzamtes, die rechtzeitig eingeholt werden würde.

- IV) Neben den gemeindeinternen Überlegungen ist darüber hinaus ein Anzeigeverfahren gegenüber der Kommunalaufsichtsbehörde durchzuführen. Die Beteiligung ist eine sog. wirtschaftliche Betätigung im Sinne des Niedersächsischen Kommunalrechtes, allerdings aufgrund der sektoralen Ausnahme im Bereich Energie auch zugelassen. Die Prüfung dieser Form der wirtschaftlichen Betätigung erfolgt u. a. auch auf der Grundlage des vom Innenministerium herausgegebenen Energienetzerlasses. Die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde beim Landkreis Ammerland hat allerdings aufgrund der vorgelegten Unterlagen bereits erklärt, dass eine kommunalrechtliche Beanstandung zurzeit nicht erkennbar ist. Auf dieser Grundlage wird es jedenfalls möglich sein, unter Berücksichtigung des kommunalaufsichtsrechtlichen Anzeigeverfahrens die von der EWE gesetzte Frist zur Annahme der Beteiligung (11.10.2013) einzuhalten.

Die Beteiligung am denkbaren Gesamtbeteiligungsanteil im Rahmen der ersten Beteiligungsquote an der EWE Netz GmbH unter Berücksichtigung aller Anteilskommunen innerhalb der KNN und bezogen auf die Gemeinde Rastede wurde zusätzlich in den ersten Nachtragshaushalt bis zur maximalen Beteiligungshöhe in Höhe von 2,0 Mio. € aufgenommen.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Sachverhalt.

#### **Anlagen:**

Zusammenfassende Darstellung des EWE Netz Beteiligungsmodells

# Zusammenfassende Darstellung des EWE Netzbeteiligungsmodells

---

## Inhaltsverzeichnis

I. Wesentliche Eckpunkte des Beteiligungsangebots .....	2
1. Grundlagen des Beteiligungsmodells .....	2
Die Adressaten .....	2
Das gemeinsame Ziel .....	2
Die Beteiligungsstruktur.....	2
Die Beteiligungsgesellschaft .....	3
Die Geschäftsgrundlage des Beteiligungsmodells .....	4
Zweistufiger Aufbau der Beteiligung.....	4
Die angebotenen Anteile.....	5
Der Erwerbspreis .....	5
Weitere Bedingungen und Begrenzungen des Beteiligungsangebots .....	5
Wesentliche Verträge.....	6
2. Umsetzung des Beteiligungsmodells in 2013.....	8
Erster Schritt: Abgabe von Beteiligungserklärung(en) und Vollmacht(en).....	8
Zweiter Schritt: Einzahlung von Ausgabebeträgen .....	8
Dritter Schritt: Kapitalerhöhung EWE NETZ GmbH .....	9
Vierter Schritt: Abschluss Unternehmensvertrag Neu .....	9
3. Verwaltungs- und Vermögensrechte .....	10
Mitverwaltungs- sowie Informations- und Kontrollrechte.....	10
Vermögensrechte (feste Gewinnbeteiligung).....	10
4. Handelbarkeit, Haftung und Beteiligungsdauer.....	12
Handelbarkeit der Kommanditanteile .....	12
Haftung und Nachschusspflicht.....	12
Beteiligungsdauer.....	12
5. Steuern .....	12
II. Handlungsanweisung für den Weg zu einer unmittelbaren bzw. mittelbaren Beteiligung an der Beteiligungsgesellschaft.....	13
1. Unmittelbare Beteiligung einer Angebots-Kommune.....	13
2. Unmittelbare Beteiligung einer kommunalen Tochtergesellschaft .....	14
3. Verkaufsprospekt nach Vermögensanlagegesetz .....	14

# **I. Wesentliche Eckpunkte des Beteiligungsangebots**

## **1. Grundlagen des Beteiligungsmodells**

### **Die Adressaten**

Das Beteiligungsangebot der EWE AG richtet sich insgesamt an 288 niedersächsische Städte, Gemeinden und Samtgemeinden in der Ems-Weser-Elbe-Region.

Hierbei handelt es sich um Kommunen, die erstens in ihrem jeweiligen Gemeindegebiet zum 01. Januar 2013 in einem Netzbetriebsverhältnis mit der EWE NETZ GmbH bezüglich mindestens eines Elektrizitätsverteilernetzes und/oder eines Gasverteilernetzes der allgemeinen Versorgung gestanden haben, zweitens einem der siebzehn Landkreise angehören, welche als Mitglieder des Ems-Weser-Elbe Versorgungs- und Entsorgungsverbands mittelbar an der EWE AG und damit auch an der EWE NETZ GmbH beteiligt sind und drittens selbst nicht Mitglied des EWE-Verbands sind (Angebots-Kommunen).

### **Das gemeinsame Ziel**

Die Energiewende ist ein zentrales Thema, wenn es um die Zukunft der Energieversorgung geht. Dabei ist gerade der rasante Ausbau der erneuerbaren Energien in unserer Region eine große Herausforderung für unsere Energienetze. Über den Erfolg der Energiewende wird somit nicht in den großen Ballungsräumen, sondern in unserer Region im Nordwesten entschieden. Besonders wichtig sind dabei vor allem der Erhalt der Versorgungssicherheit, die intelligente Verknüpfung von Energieerzeugung und -verbrauch sowie die Einbindung der erneuerbaren Energien in die Infrastruktur.

Zusammen mit der EWE NETZ GmbH strebt die EWE AG mit dem Beteiligungsangebot eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Angebots-Kommunen an. Dies dient der Sicherung und Stärkung eines auch künftig effektiven, stabilen, leistungsfähigen, kosteneffizienten und umweltverträglichen Strom- und Gasverteilernetzbetriebes auf dem Gebiet der Angebots-Kommunen.

### **Die Beteiligungsstruktur**

Die Beteiligung der Angebots-Kommunen an der EWE NETZ GmbH über die „zwischengeschaltete“ Beteiligungsgesellschaft kann dabei entweder unmittelbar oder mittelbar über sog. Kommunale Tochtergesellschaften erfolgen. Als Kommunale Tochtergesellschaften sind solche Gesellschaften zugelassen, an denen ausschließlich eine

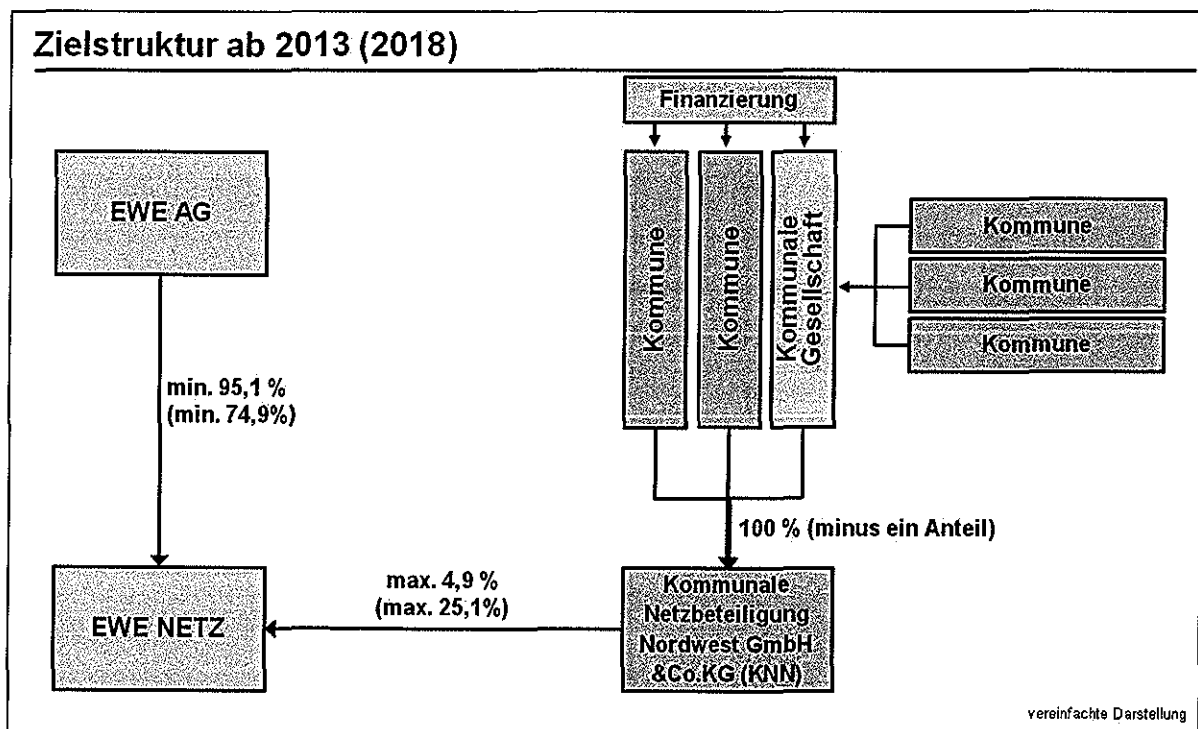


oder mehrere Angebots-Kommunen als unmittelbare, stimmberechtigte Anteilseigner beteiligt sind.

Die Beteiligungsgesellschaft selbst wiederum wird das von ihr eingeworbene Kapital ausschließlich zum Erwerb von Anteilen an der EWE NETZ GmbH einsetzen und anschließend die von ihr an der EWE NETZ GmbH erworbenen Anteile halten und verwalten.

Die EWE NETZ GmbH wird – wie derzeit – Eigentümerin und Betreiberin im Sinne des EnWG der von ihr gehaltenen Netze bleiben. Darüber hinaus wird sie noch im Jahr 2013 mit der EWE AG einen Gewinnabführungsvertrag (Unternehmensvertrag Neu) abschließen. Dieser gewährt der Beteiligungsgesellschaft gegenüber der EWE AG jährlich einen vertraglich zugesicherten, festen Zahlungsanspruch im Sinne des § 304 Abs. 2 Satz 1 AktG (sog. Garantiedividende).

Graphisch stellt sich die Zielstruktur im Überblick wie folgt dar:



## Die Beteiligungsgesellschaft

Bei der Beteiligungsgesellschaft (Emittentin) handelt es sich um die mit Eintragung in das Handelsregister am 22. Januar 2013 gegründete Kommunale Netzbeteiligung Northwest GmbH & Co. KG mit derzeitigem Sitz in Oldenburg. Da die Beteiligungsgesellschaft selbst sämtliche Anteile an ihrer Komplementärin, der Kommunale Netzbeteiligung Northwest Verwaltungs GmbH mit derzeitigem Sitz in Oldenburg hält, handelt es sich bei der Beteiligungsgesellschaft um eine sog. Einheitsgesellschaft.

Mit der Beteiligung von Angebots-Kommunen und ggf. Kommunalen Tochtergesellschaften als Kommanditisten der Beteiligungsgesellschaft geht die Beteiligungsgesellschaft in kommunale Hand über. Der EWE AG als Gründungskommanditistin stehen nach dem Gesellschaftsvertrag der Beteiligungsgesellschaft dann lediglich noch Zustimmungsrechte in grundlegenden Fragen zu, die für die Aufrechterhaltung der Struktur des Beteiligungsmodells von zentraler Bedeutung sind.

### **Die Geschäftsgrundlage des Beteiligungsmodells**

Geschäftsgrundlage des Beteiligungsmodells ist, dass sich der Umfang der mittelbaren Beteiligung einer Angebots-Kommune an der EWE NETZ GmbH auch nach der Anzahl der zwischen der EWE NETZ GmbH und den Angebots-Kommunen bestehenden Netzbetriebsverhältnisse für Strom und/oder Gas richtet.

Ein entsprechendes Netzbetriebsverhältnis zwischen einer Angebots-Kommune und der EWE NETZ GmbH liegt vor, wenn zwischen beiden ein Wegenutzungsvertrag i.S.d. § 46 Abs. 2 EnWG besteht oder die EWE NETZ GmbH in dem jeweiligen Gemeindegebiet – auch ohne bestehenden Wegenutzungsvertrag – Betreiber des Elektrizitätsverteilernetzes und/oder des Gasverteilernetzes der allgemeinen Versorgung i.S.d. § 46 Abs. 2 EnWG ist.

### **Zweistufiger Aufbau der Beteiligung**

Den Angebots-Kommunen wird angeboten, sich im Jahr 2013 erstmals unmittelbar oder mittelbar über eine kommunale Tochtergesellschaft an der Beteiligungsgesellschaft zu beteiligen.

Die Beteiligungsgesellschaft kann in 2013 Geschäftsanteile an der EWE NETZ GmbH erwerben. Die Geschäftsanteile werden durch eine Kapitalerhöhung neu geschaffen. Dazu wird das Stammkapital der EWE NETZ GmbH in 2013 von EUR 39 Mio. um EUR 2 Mio. auf EUR 41 Mio. erhöht. Damit erhält die Beteiligungsgesellschaft im Jahr 2013 die Möglichkeit, sich in Höhe von  $2/41$  ( $\approx 4,9\%$ ) des erhöhten Stammkapitals an EWE NETZ zu beteiligen.

Im Jahr 2018 hat jede Angebotskommune die Möglichkeit, ihre unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an der Beteiligungsgesellschaft aufzustocken oder sich erstmals zu beteiligen. Die EWE AG ist in einem Konsortialvertrag verpflichtet, den Angebotskommunen im Jahr 2018 insoweit ein gesondertes Angebot zur Aufstockung der Beteiligung auf 25,1% zu machen.

Die EWE AG wird zu Beginn der zweiten Beteiligungsphase auf Basis der dann geltenden insb. steuerlichen Rahmenbedingungen einen Rechtsformwechsel der Netzgesellschaft in die Rechtsform einer Kommanditgesellschaft prüfen. Voraussichtlich ergeben sich aus einem Rechtsformwechsel Vorteile für die Angebots-Kommunen, welche sich für diese

renditesteigernd auswirken können. EWE ist bestrebt diese Vorteile zu nutzen und in diesem Zusammenhang die notwendigen Schritte zusammen mit der Beteiligungsgesellschaft zu veranlassen.

### **Die angebotenen Anteile**

Angeboten werden im Jahr 2013 maximal 288 Kommanditanteile an der Beteiligungsgesellschaft. Die maximale Anzahl der angebotenen Kommanditanteile an der Beteiligungsgesellschaft entspricht der Anzahl der Angebots-Kommunen.

Der jeder einzelnen Angebots-Kommune maximal angebotene Kommanditanteil (Ausgabebetrag in €) an der Beteiligungsgesellschaft sowie die damit verbundene mittelbare prozentuale Beteiligungsquote am Stammkapital der EWE NETZ GmbH sind für jede Angebots-Kommune der Anlage 5.1. zum Konsortial- und Beitrittsvertrag zu entnehmen.

Der Mindestausgabebetrag, den eine Angebots-Kommune aufbringen muss, um sich unmittelbar an der Beteiligungsgesellschaft zu beteiligen, beträgt EUR 10.045,44. Der Mindestausgabebetrag, den eine Kommunale Tochtergesellschaft aufbringen muss, um sich an der Beteiligungsgesellschaft zu beteiligen, beträgt EUR 10.045,44 multipliziert mit der Anzahl der an ihr beteiligten Angebots-Kommunen.

### **Der Erwerbspreis**

Der von einer Angebots-Kommune bzw. Kommunalen Tochtergesellschaft für einen im Jahr 2013 angebotenen Kommanditanteil an der Beteiligungsgesellschaft zu leistende Ausgabebetrag (Erwerbspreis) entspricht dem Wert des Kommanditanteils. Die Grundlage für die Bestimmung des Wertes eines von der Beteiligungsgesellschaft an der EWE NETZ GmbH erworbenen Anteils ist ein für die EWE NETZ GmbH erstelltes neutrales Unternehmenswertgutachten zum Stichtag 01. Januar 2013. Der sich nach diesem Gutachten ergebende Unternehmenswert der EWE NETZ GmbH beträgt insgesamt EUR 1.889,2 Mio. Der Ausgabebetrag für die im Jahr 2018 anzubietenden Kommanditanteile an der Beteiligungsgesellschaft wird anhand einer späteren, erneuten Bewertung der EWE NETZ GmbH festgelegt werden.

### **Weitere Bedingungen und Begrenzungen des Beteiligungsangebots**

Auf Grundlage des Angebotsschlüssels wurde von der EWE AG für jede Angebots-Kommune ein individueller Kommanditanteil (Kommanditeinlage zzgl. Agio) verbindlich ermittelt, mit dem sich die einzelne Angebots-Kommune im Rahmen der ersten Beteiligungsphase in 2013 maximal an der Beteiligungsgesellschaft beteiligen kann, wenn sich sämtliche 288 Angebots-

Kommunen unter voller Ausschöpfung des auf sie entfallenden Anteils an der Beteiligungsgesellschaft beteiligen würden. Der Angebotsschlüssel setzt sich aus der Anzahl der zwischen der betreffenden Angebots-Kommune und der EWE NETZ GmbH zum 01. Januar 2013 bestehenden Netzbetriebsverhältnisse für Strom und/oder Gas sowie dem arithmetischen Mittel aus der Einwohnerzahl und der Fläche einer jeden Angebots-Kommune auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung sowie Flächenerhebung (Stand: 31. Dezember 2011) des Landesbetriebs für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen zusammen.

Beteiligen sich nicht alle Angebots-Kommunen in der ersten Beteiligungsphase in 2013 in der ihnen angebotenen Höhe an der Beteiligungsgesellschaft, so besteht für die übrigen Angebots-Kommunen die Möglichkeit, im Rahmen einer sog. Mehrzuteilung einen Kommanditanteil zu erwerben, der für die einzelne Angebots-Kommune maximal dem Anteil entspricht, den sie in 2013 und 2018 zusammen erwerben könnte. Dieser höhere Anteil kann jedoch erst nach dem Ende der Zeichnungsfrist konkret berechnet und mit Abschluss des Beitrittsvertrages zugeteilt werden. Die Begrenzung im Rahmen der Mehrzuteilung stellt sicher, dass sich sämtliche Angebots-Kommunen im Jahr 2018 nur bis zu einer bestimmten Höhe an der Beteiligungsgesellschaft beteiligen können, damit auch solche Angebots-Kommunen, die nicht oder nicht in vollem Umfang an der ersten Beteiligungsphase in 2013 teilnehmen möchten, noch die Möglichkeit haben, im Jahr 2018 einen Kommanditanteil zu zeichnen. Das Zeichnungsrecht bleibt also insofern bis zu einer bestimmten Höhe bis 2018 reserviert.

Die Möglichkeit einer Angebots-Kommune zum Erwerb und zum Halten einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an der Beteiligungsgesellschaft und damit einer mittelbaren Beteiligung an der EWE NETZ GmbH hängt unter anderem davon ab, ob und in welchem Umfang zwischen der EWE NETZ GmbH und der Angebots-Kommune ein Netzbetriebsverhältnis für Strom und/oder Gas in Bezug auf das Gemeindegebiet der betreffenden Angebots-Kommune besteht. Die Einhaltung dieser Bedingung wird maßgeblich dadurch sichergestellt, dass der EWE AG für den Fall eines Verstoßes hiergegen im Konsortialvertrag bestimmte Kaufoptionen auf die von der Beteiligungsgesellschaft an der EWE NETZ GmbH gehaltenen GmbH-Anteile zugesichert sind.

### **Wesentliche Verträge**

Dem Beteiligungsmodell liegen diverse Verträge zugrunde, die teilweise auch noch von den Angebots-Kommunen und Kommunalen Tochtergesellschaften abzuschließen sind. Über die bereits bestehenden Gesellschaftsverträge der Beteiligungsgesellschaft und ihrer Komplementärin sowie den noch anzupassenden Gesellschaftsvertrag der EWE NETZ GmbH

hinaus handelt es sich dabei im Wesentlichen um einen Konsortialvertrag und einen Beitrittsvertrag, die beide notariell zu beurkunden sind, sowie um den zwischen der EWE AG und der EWE NETZ GmbH neu abzuschließenden Unternehmensvertrag Neu.

Möchte sich eine Angebots-Kommune *unmittelbar* als Kommanditistin an der Beteiligungsgesellschaft beteiligen, hat sie den Konsortialvertrag und den Beitrittsvertrag abzuschließen. Dies gilt für eine Kommunale Tochtergesellschaft entsprechend.

Beabsichtigt eine Angebots-Kommune sich nur *mittelbar* über eine Kommunale Tochtergesellschaft an der Beteiligungsgesellschaft zu beteiligen, hat sie selbst lediglich den Konsortialvertrag abzuschließen.

Der jeweilige Vertragsschluss für eine Angebots-Kommune bzw. Kommunale Tochtergesellschaft erfolgt durch die Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft als deren weisungsgebundene Vertreterin auf Grundlage einer ihr von der jeweiligen Angebots-Kommune bzw. Kommunalen Tochtergesellschaft rechtzeitig zuvor erteilten notariell beglaubigten Vollmacht (vgl. Vertragsunterlagen Anlagennummer 10-12).

Vertragspartner des Konsortialvertrages werden die EWE AG, die EWE NETZ GmbH, die Beteiligungsgesellschaft, ihre Komplementärin sowie sämtliche Angebots-Kommunen und Kommunalen Tochtergesellschaften, die sich *unmittelbar oder mittelbar* aufgrund des Beteiligungsangebots an der Beteiligungsgesellschaft beteiligen. Dieser Konsortialvertrag soll als Grundlagenvertrag für die Kooperation der Parteien in Bezug auf die EWE NETZ GmbH sowie die Beteiligungsgesellschaft dienen und maßgeblich die gemeinsamen Ziele sowie die Art und Weise der Verwaltung und Leitung der EWE NETZ GmbH und der Beteiligung der Gesellschafter an dieser regeln. Neben der gesellschaftsrechtlichen Gesamtstruktur und weiteren Grundlagen des Beteiligungsmodells regelt der Konsortialvertrag insbesondere konkrete Rechte und Pflichten für die hieran beteiligten Parteien, die teilweise über diejenigen in den Gesellschaftsverträgen hinausgehen (z.B. Regelungen zur Investitionsplanung und Finanzierung bei der EWE NETZ GmbH, Zustimmungspflichten bei Anteilsveräußerungen, Mitveräußerungsrechte, Vorkaufsrechte und Kaufoptionen zugunsten der EWE AG sowie Regelungen zum Ausschluss und Verpflichtungen zu Anteilsanpassungen auf Ebene der Beteiligungsgesellschaft). Der Konsortialvertrag wird bis zum Ablauf des 31. Dezember 2028 fest abgeschlossen und bis dahin nicht ordentlich gekündigt werden können. Das Recht zur Kündigung des Konsortialvertrages aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist bleibt unberührt.

Vertragspartner des Beitrittsvertrages werden die EWE AG als Gründungskommanditistin, die Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft, die Beteiligungsgesellschaft sowie die

Angebots-Kommunen und Kommunalen Tochtergesellschaften, die sich *unmittelbar* als Kommanditisten an der Beteiligungsgesellschaft beteiligen. Wesentlicher Inhalt dieses Beitrittsvertrages ist es, dass alle unmittelbar an der Beteiligungsgesellschaft beteiligten Angebots-Kommunen und Kommunalen Tochtergesellschaften mit Abschluss dieses Vertrages auf Basis des geltenden Gesellschaftsvertrages der Beteiligungsgesellschaft als Kommanditisten beitreten werden.

## **2. Umsetzung des Beteiligungsmodells in 2013**

Das Beteiligungsmodell sieht vor, dass sich die Angebots-Kommunen in zwei **Beteiligungsphasen** im Jahr 2013 und im Jahr 2018 unmittelbar oder mittelbar über Kommunale Tochtergesellschaften als Kommanditisten an der Beteiligungsgesellschaft beteiligen bzw. eine bereits in 2013 erworbene Beteiligung nochmals aufstocken können. Die Beteiligungsmöglichkeit in 2013 ist Gegenstand des aktuellen Beteiligungsangebots. Die Beteiligungsmöglichkeit in 2018 wird Gegenstand eines gesonderten Beteiligungsangebots sein, zu dem sich die EWE AG bereits heute verpflichtet.

Möchte sich eine Angebots-Kommune in 2013 beteiligen, so hat sie Folgendes zu beachten:

### **Erster Schritt: Abgabe von Beteiligungserklärung(en) und Vollmacht(en)**

In einem ersten Schritt haben die Angebots-Kommunen und ggf. Kommunalen Tochtergesellschaften mit Beteiligungserklärungen und Vollmachten der Beteiligungsgesellschaft (vgl. Vertragsunterlagen Anlagennummer 10-12) bis spätestens 11. Oktober 2013 (24:00 Uhr) die Höhe, bis zu der sie sich an der Beteiligungsgesellschaft unmittelbar oder mittelbar beteiligen wollen, mitzuteilen und insoweit zugleich die Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft zum Abschluss von Konsortial- und ggf. Beitrittsvertrag zu bevollmächtigen. Mit Abschluss des Konsortialvertrages bzw. Beitrittsvertrages wird die jeweilige Angebots-Kommune bzw. Kommunale Tochtergesellschaft unmittelbar bzw. mittelbar an der Beteiligungsgesellschaft beteiligt und – unter Berücksichtigung einer etwaigen Mehrzuteilung – zugleich verbindlich der Betrag des von ihr auf den erworbenen Kommanditanteil zu leistenden Ausgabebetrages festgelegt.

### **Zweiter Schritt: Einzahlung von Ausgabebeträgen**

In einem weiteren Schritt haben die unmittelbar an der Beteiligungsgesellschaft beteiligten Angebots-Kommunen bzw. Kommunalen Tochtergesellschaften nach entsprechender Mitteilung durch die Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft den Ausgabebetrag für den von ihnen jeweils erworbenen Kommanditanteil bis spätestens 1. November 2013 auf das Konto der Beteiligungsgesellschaft zu leisten.

### **Dritter Schritt: Kapitalerhöhung EWE NETZ GmbH**

Im Anschluss wird die Beteiligungsgesellschaft mit den von ihr eingeworbenen Ausgabeträgen Geschäftsanteile an der EWE NETZ GmbH erwerben und damit den an ihr beteiligten Angebots-Kommunen und Kommunalen Tochtergesellschaften mittelbar eine Beteiligung an der EWE NETZ GmbH ermöglichen. Mit dem im Jahr 2013 eingeworbenen Kapital wird die Beteiligungsgesellschaft im Jahr 2013 eine Beteiligung von bis zu 2/41 ( $\approx 4,9\%$ ) am auf EUR 41 Mio. erhöhten Stammkapital der EWE NETZ GmbH erwerben. Zugleich erhält der Gesellschaftsvertrag der EWE NETZ GmbH die Fassung, die dem Verkaufsprospekt (vgl. II. 3.) als Entwurf beigelegt ist.

Im Jahr 2018 wird die Beteiligungsgesellschaft mit dem in 2018 einzuwerbenden Kapital ihre Beteiligung am Stammkapital der EWE NETZ GmbH auf bis zu 25,1 % des dann bestehenden Stammkapitals der EWE NETZ GmbH aufstocken können.

Der Gesamtbetrag des eingeworbenen Kapitals wie auch der Umfang der von der Beteiligungsgesellschaft zu erwerbenden Beteiligung an der EWE NETZ GmbH hängen unmittelbar davon ab, wie viele Angebots-Kommunen in welchem Umfang von dem Beteiligungsangebot in 2013 bzw. 2018 Gebrauch machen. Eine Aufnahme von Fremdkapital durch die Beteiligungsgesellschaft ist nicht vorgesehen.

Wenn sich die Angebots-Kommunen im Jahr 2013 im höchstmöglichen Umfang an der Beteiligungsgesellschaft beteiligen, wird die Beteiligungsgesellschaft sämtliche neuen Geschäftsanteile an der EWE NETZ GmbH zeichnen. Wenn sich die Angebots-Kommunen im Jahr 2013 nicht im höchstmöglichen Umfang an der Beteiligungsgesellschaft beteiligen, dann wird auch die Beteiligungsgesellschaft die neuen Geschäftsanteile an der EWE NETZ GmbH nur in dem Verhältnis zeichnen, in dem die Summe der an sie geleisteten Ausgabebeträge zu der für die Übernahme der neuen Geschäftsanteile an der EWE NETZ GmbH zu leistenden Bareinlage ( $= 2/41$  des Unternehmenswerts der EWE NETZ GmbH zum 01. Januar 2013) steht. Die übrigen neuen Geschäftsanteile an der EWE NETZ GmbH wird die EWE AG bzw. ihre unmittelbar an der EWE NETZ GmbH beteiligte Konzerngesellschaft zeichnen. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Kapitalerhöhung bei der EWE NETZ GmbH in jedem Fall in vollem Umfang durchgeführt wird.

### **Vierter Schritt: Abschluss Unternehmensvertrag Neu**

Schließlich wird ebenfalls noch im Jahr 2013 zwischen der EWE AG und der EWE NETZ GmbH der Unternehmensvertrag Neu abgeschlossen und zur Eintragung in das Handelsregister der EWE NETZ GmbH angemeldet.

### **3. Verwaltungs- und Vermögensrechte**

#### **Mitverwaltungs- sowie Informations- und Kontrollrechte**

Da die Angebots-Kommunen und Kommunalen Tochtergesellschaften nicht unmittelbar als Gesellschafter an der EWE NETZ GmbH beteiligt sind, stehen ihnen in der EWE NETZ GmbH unmittelbar keine Gesellschafterrechte zu. Diese Gesellschafterrechte werden durch die zwischengeschaltete Beteiligungsgesellschaft ausgeübt. Neben den üblichen gesetzlichen Verwaltungs- und Informationsrechten eines GmbH-Gesellschafters steht der Beteiligungsgesellschaft aufgrund vertraglicher Vereinbarung im Konsortialvertrag insbesondere auch das Recht zu, abhängig von ihrem späteren Beteiligungsumfang an der EWE NETZ GmbH bis zu drei Aufsichtsratsmitglieder des künftig aus 18 Mitgliedern bestehenden obligatorischen Aufsichtsrats der EWE NETZ GmbH zu bestimmen. Des Weiteren gewährt der Konsortialvertrag der Beteiligungsgesellschaft auch das Recht, die von ihr gehaltene Beteiligung an der EWE NETZ GmbH mitverkaufen zu können, wenn die EWE AG bzw. ihre unmittelbar an der EWE NETZ GmbH beteiligte Tochtergesellschaft Anteile an der EWE NETZ GmbH verkauft und dies zu einer Minderung der Gesamtbeteiligungsquote von EWE und der Beteiligungsgesellschaft auf unter 50% zur Folge hat.

Zur Wahrnehmung ihrer kommunalen Interessen stehen den unmittelbar an der Beteiligungsgesellschaft als Kommanditisten beteiligten Angebots-Kommunen und Kommunalen Tochtergesellschaften umfassende Mitverwaltungsrechte sowie Informations- und Kontrollrechte in der Beteiligungsgesellschaft zu. Sie sind insbesondere berechtigt, an Gesellschafterversammlungen und sonstigen Beschlüssen der Beteiligungsgesellschaft teilzunehmen und ihr Stimmrecht auszuüben. Dies gilt insbesondere für Beschlussfassungen über Zustimmungen zu außergewöhnlichen Geschäften sowie zu Grundlagengeschäften.

Außerdem vertreten die Kommanditisten die Beteiligungsgesellschaft, wenn es um die Ausübung der Gesellschafterrechte geht, die der Beteiligungsgesellschaft als Alleingesellschafterin ihrer Komplementärin zustehen. Daher können die Kommanditisten durch Beschluss in der Gesellschafterversammlung der Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft Weisungen an die Geschäftsführer der Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft erteilen.

#### **Vermögensrechte (feste Gewinnbeteiligung)**

Zusätzlich zu den Mitverwaltungsrechten soll das von den Angebots-Kommunen bzw. Kommunalen Tochtergesellschaften eingeworbene Kapital im Einklang mit den Vorgaben von § 149 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) angemessen



verzinst werden. Hierzu wird noch im Jahr 2013, nachdem sich zunächst mindestens eine Angebots-Kommune an der Beteiligungsgesellschaft und sodann die Beteiligungsgesellschaft an der EWE NETZ GmbH beteiligt haben, zwischen der EWE AG und der EWE NETZ GmbH der Unternehmensvertrag Neu abgeschlossen. Wie bereits zuvor ausgeführt, gewährt dieser Unternehmensvertrag Neu der Beteiligungsgesellschaft jährlich einen vertraglich zugesicherten, festen Zahlungsanspruch im Sinne des § 304 Abs. 2 Satz 1 AktG (Garantiedividende).

Die Garantiedividende an die Beteiligungsgesellschaft entspricht – unter Berücksichtigung der heute geltenden Körperschaftsteuer - bzw. Solidaritätszuschlagsteuersätze (in Höhe von 15 % bzw. 5,5 %) 4,75 % der Einlage (Nennbetrag zzgl. Agio) der Beteiligungsgesellschaft in die EWE NETZ GmbH. Hiervon werden sodann noch Steuerabzugsbeträge der Beteiligungsgemeinden (insbes. Kapitalertragsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) abgezogen (vgl. I. 5.). Der nach Abzug von etwaigen Aufwendungen auf Ebene der Beteiligungsgesellschaft verbleibende Ertrag wird sodann nach dem Verhältnis der Kommanditeinlagen den Konten der an ihr unmittelbar beteiligten Angebots-Kommunen und Kommunalen Tochtergesellschaften gutgeschrieben.

Für das Jahr des Erwerbs der Beteiligung an der EWE NETZ GmbH durch die Beteiligungsgesellschaft wird die Garantiedividende zeitanteilig gezahlt.

Der Unternehmensvertrag Neu wird mit Wirkung ab dem 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2028 fest abgeschlossen („Mindestlaufzeit“).

Im Rahmen der Umsetzung der zweiten Beteiligungstranche 2018 besteht jedoch die Möglichkeit einer Anpassung der Höhe der Garantiedividende entsprechend einer dann aktuellen neutralen Unternehmensbewertung. Die EWE AG wird jedoch im Falle eines aus der Anpassung der Garantiedividende resultierenden finanziellen Nachteils für die Beteiligungsgesellschaft – ausschließlich bezogen auf die Garantiedividende für die von der Beteiligungsgesellschaft in 2013 erworbenen Geschäftsanteile an der Netzgesellschaft und die Garantiedividende bis zum Ablauf der ursprünglichen Mindestlaufzeit des Unternehmensvertrag Neu – einen Anspruch auf eine angemessene Kompensation bieten. Eine angemessene Kompensation wird sich nach der Höhe des marktüblichen Barwerts der abgezinsten Differenz zwischen der bisherigen Garantiedividende aus dem bestehenden Unternehmensvertrag Neu und der neuen, künftigen Garantiedividende richten.

## **4. Handelbarkeit, Haftung und Beteiligungsdauer**

### **Handelbarkeit der Kommanditanteile**

Die Übertragbarkeit und Handelbarkeit der angebotenen Kommanditanteile an der Beteiligungsgesellschaft ist zunächst an die Zustimmung aller Mitgesellschafter gebunden. Nach Vollzug der Zweiten Beteiligungsphase in 2018, spätestens aber ab 2020 bedarf es dann nur noch der Zustimmung der einfachen Mehrheit der Gesellschafter der Beteiligungsgesellschaft für eine Übertragung von Anteilen an der Beteiligungsgesellschaft, sofern die Übertragung an andere Kommanditisten der Beteiligungsgesellschaft bzw. ein mit der EWE AG verbundenes Unternehmen i.S.d. §§ 15 ff. AktG erfolgt.

### **Haftung und Nachschusspflicht**

Nach außen hin ist die Haftung eines jeden Kommanditisten der Beteiligungsgesellschaft auf die in das Handelsregister einzutragende Hafteinlage in Höhe von EUR 100 (Haftsumme) beschränkt. Eine darüberhinausgehende Nachschussverpflichtung besteht weder gegenüber der Beteiligungsgesellschaft noch gegenüber den anderen Kommanditisten der Beteiligungsgesellschaft.

### **Beteiligungsdauer**

Ein Austritt durch ordentliche Kündigung aus der Beteiligungsgesellschaft ist erstmals zum Ende des Jahres 2028 möglich. Es handelt sich damit um das Angebot einer langfristigen unternehmerischen Beteiligung für die Angebots-Kommunen. Ein kurzfristiger Abzug des eingesetzten Kapitals ist mithin grundsätzlich – abgesehen von einer zustimmungspflichtigen Veräußerung der Kommanditanteile – nicht möglich.

## **5. Steuern**

Die Beteiligungsgesellschaft wird für steuerliche Zwecke weder gewerblich tätig noch gewerblich geprägt sein. Die Beteiligungsgesellschaft wird insbesondere Garantiedividenden aus dem Unternehmensvertrag Neu erzielen. Die Garantiedividende bzw. Gewinnausschüttungen erfolgen nach Einbehaltung und Abführung von gesetzlich geschuldeter Kapitalertragsteuer (zzgl. Solidaritätszuschlag).

Hält eine Beteiligungs-Kommune ihre Anteile an der Beteiligungsgesellschaft im steuerfreien Vermögensverwaltungsbereich, unterliegen die Ausschüttungen der Beteiligungsgesellschaft der Kapitalertragsteuer. Diese beläuft sich auf insgesamt 26,375 % (25 % Kapitalertragsteuer zzgl. diesbezüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 %). Sie wird jedoch auf insgesamt 15,825 % (15 % Kapitalertragsteuer zzgl. diesbezüglich Solidaritätszuschlag

von 5,5 %) reduziert, wenn die Beteiligungs-Kommune eine Bescheinigung ausstellt, dass sie eine juristische Person des öffentlichen Rechts ist und die Anteile nicht in einem Betrieb gewerblicher Art hält. Mit dem Abzug der Kapitalertragsteuer ist die Steuer für die Beteiligungs-Kommune abgegolten, so dass für sie keine weitere Besteuerung erfolgt. Wird der Erwerb der Anteile an der Beteiligungsgesellschaft fremdfinanziert, steht der Beteiligungs-Kommune hinsichtlich der Zinsen kein steuerlicher Abzug zu.

Werden die Anteile nicht im Vermögensverwaltungsbereich gehalten, ist eine Einzelfallbetrachtung der individuellen Steuerbelastung vorzunehmen. Aus unserer Sicht ist die Ansiedlung im Vermögensverwaltungsbereich aktuell jedoch nicht nachteilig.

## **II. Handlungsanweisung für den Weg zu einer unmittelbaren bzw. mittelbaren Beteiligung an der Beteiligungsgesellschaft**

### **1. Unmittelbare Beteiligung einer Angebots-Kommune**

Die wesentlichen Handlungen, die eine Angebots-Kommune vorzunehmen hat, die sich unmittelbar als Kommanditistin an der Beteiligungsgesellschaft beteiligen will, stellen sich zusammengefasst wie folgt dar:

1. Ggf. Einholung einer kommunalaufsichtsrechtlichen Unbedenklichkeitserklärung,
2. Einholung der erforderlichen Gremienzustimmungen (ggf. Ratsbeschluss etc.) einschl. der Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB, soweit erforderlich,
3. Unterzeichnung der Beteiligungserklärung sowie notarielle Beglaubigungen (a) der Vollmacht zum Abschluss des Konsortial- und Beitrittsvertrages und (b) der Handelsregistervollmacht (dazu ist das Formular der Vertragsunterlagen Anlage Nr. 10 zu verwenden),
4. Versand des Originals der unterzeichneten Beteiligungserklärung sowie der notariell beglaubigten Vollmachten (Vollmacht zum Abschluss des Konsortial- und Beitrittsvertrages sowie Handelsregistervollmacht) an die Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG, Tirpitzstraße 39, 26122 Oldenburg mit Zugang bis spätestens 11. Oktober 2013, 24:00 Uhr, und
5. Einzahlung des von der Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft nach Abschluss des Beitrittsvertrages mitgeteilten Ausgabebetrages auf das Konto der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG, Tirpitzstraße 39, 26122 Oldenburg bis spätestens 1. November 2013.

## ***2. Unmittelbare Beteiligung einer kommunalen Tochtergesellschaft***

Die wesentlichen Handlungen, die eine Kommunale Tochtergesellschaft vorzunehmen hat, die sich unmittelbar als Kommanditistin an der Beteiligungsgesellschaft beteiligen will, stellen sich zusammengefasst wie folgt dar:

1. Ggf. Einholung einer kommunalaufsichtsrechtlichen Unbedenklichkeitserklärung,
2. Einholung der erforderlichen Gremienzustimmungen (ggf. Rats- oder Gesellschafterbeschluss etc.) einschl. der Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB, soweit erforderlich,
3. Einholung der Unterzeichnung der Beteiligungserklärung sowie notariellen Beglaubigungen (a) der Vollmacht zum Abschluss des Konsortial- und Beitrittsvertrages und (b) der Handelsregistervollmacht der sich in der Kommunalen Tochtergesellschaft organisierten Angebots-Kommunen (dazu ist das Formular der **Vertragsunterlagen Anlage Nr. 11** zu verwenden),
4. Unterzeichnung der Beteiligungserklärung sowie notarielle Beglaubigungen (a) der Vollmacht zum Abschluss des Konsortial- und Beitrittsvertrages und (b) der Handelsregistervollmacht (dazu ist das Formular der **Vertragsunterlagen Anlage Nr. 12** zu verwenden zu verwenden),
5. Versand des Originals der unterzeichneten Beteiligungserklärung (einschl. der Kopien der Beteiligungserklärungen der an ihr beteiligten Angebots-Kommunen) sowie der notariell beglaubigten Vollmachten (Vollmacht zum Abschluss des Konsortial- und Beitrittsvertrages sowie Handelsregistervollmacht) an die Kommunale Netzbeteiligung Northwest GmbH & Co. KG, Tirpitzstraße 39, 26122 Oldenburg mit Zugang bis spätestens 11. Oktober 2013, 24:00 Uhr, und
6. Einzahlung des von der Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft nach Abschluss des Beitrittsvertrages mitgeteilten Ausgabebetrages auf das Konto der Kommunale Netzbeteiligung Northwest GmbH & Co. KG, Tirpitzstraße 39, 26122 Oldenburg bis spätestens 1. November 2013.

## ***3. Verkaufsprospekt nach Vermögensanlagegesetz***

EWE ist verpflichtet, zum Angebot der hier beschriebenen Netzbeteiligung einen Verkaufsprospekt nach dem Vermögensanlagegesetz zu erstellen. Dies ist erfolgt und der Prospekt wurde durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt. Eine gedruckte Ausfertigung dieses Prospektes können Sie kostenlos durch eine e-Mail an

[netzbeteiligung@ewe.de](mailto:netzbeteiligung@ewe.de) oder bei der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG (Emittentin), Tirpitzstraße 39, 26122 Oldenburg (Oldb.) anfordern.

## B e s c h l u s s v o r l a g e

**Vorlage-Nr.: 2013/057A**

freigegeben am 27.06.2013

**Stab**

Sachbearbeiter/in: Dudek

**Datum: 27.06.2013**

### **1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan**

**Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	03.09.2013	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	10.09.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	10.09.2013	Rat

**Beschlussvorschlag:**

1. Die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2013 wird beschlossen.
2. Der 1. Nachtragshaushaltsplan 2013 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen

im Ergebnishaushalt

bei den Erträgen mit	30.831.749 Euro
bei den Aufwendungen mit	30.831.749 Euro

im Finanzhaushalt

bei den Einzahlungen aus laufender. Verwaltung	26.995.861 Euro
bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltung	26.702.141 Euro
bei den Einzahlungen aus Investitionen	6.394.600 Euro
bei den Auszahlungen aus Investitionen	14.955.962 Euro
bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	8.560.642 Euro
bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	293.000 Euro

beschlossen.

3. Das Investitionsprogramm wird in seiner Fortschreibung beschlossen.

**Sach- und Rechtslage:**

Im Rahmen der Beratung des Entwurfes der ersten Nachtragshaushaltssatzung am 27.05.2013 ist darauf hingewiesen worden, dass neben der Aktualisierung von Haushaltsansätzen die ursprünglich mit in die Überlegungen einzubeziehende Beratung über eine mögliche Be-

teiligung an der EWE-Netz GmbH nicht erfolgen konnte, weil ein prüffähiges Angebot nicht vorlag. Diese Situation hat sich nun geändert, weil das Angebot eingereicht worden ist.

Hinsichtlich der Beratung des Angebotes ist ein eigenständiger Tagesordnungspunkt gebildet worden, der in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zur Entscheidung gebracht werden soll. Insoweit wird auf die entsprechende Sitzungsvorlage Nr. 2013/109 verwiesen. Diese A-Vorlage zur Nachtragshaushaltssatzung berücksichtigt eine Beteiligung an der EWE-Netz GmbH in der Weise, dass der Beteiligungserwerb über einen Kredit finanziert wird.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Sach- und Rechtslage.

### **Anlagen:**

Anlage 1: Nachtragshaushaltssatzung

Anlage 2: Investitionsprogramm

Anlage 3: Gesamtplan

## Erste Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2013

Auf Grund der §§ 10, 58 und 115 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18. Juli 2012 (Nds. GVBl. S. 279) hat der Rat der Gemeinde Rastede in der Sitzung am ..... folgende Haushaltssatzung beschlossen:

### § 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	die bisherigen festgesetzten Gesamt- beträge	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich. der Nachträge festgesetzt auf
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5
<b>Ergebnishaushalt</b>				
ordentliche Erträge	30.216.349	615.400		30.831.749
ordentliche Aufwendungen	30.216.349	615.400		30.831.749
außerordentliche Erträge	0	0		0
außerordentliche Aufwendungen	0	0		0
<b>Finanzhaushalt</b>				
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	27.554.461		558.600	26.995.861
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	26.615.241	86.900		26.702.141
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	4.026.500	2.368.100		6.394.600
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	11.117.562	3.838.400		14.955.962
Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	6.561.842	1.998.800		8.560.642
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	410.000		117.000	293.000
<b>Nachrichtlich:</b>				
Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushalts	38.142.803	3.808.300		41.951.103
Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushalts	38.142.803	3.808.300		41.951.103



## § 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 6.561.842 Euro um 1.998.800 Euro erhöht und damit auf 8.560.642 Euro neu festgesetzt.

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 2.440.000 Euro um 160.000 Euro erhöht und damit auf 2.600.000 Euro festgesetzt.

## § 4

Der bisherige Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite beansprucht werden dürfen, wird nicht verändert.

## § 5

Die Steuersätze (Hebesätze) werden nicht geändert:

Rastede, den 2013

---

von Essen  
Bürgermeister

[illegible]

Planungsjahre			2013			2013 Nachtrag			2014		2015		2016		2017		Nr. I-PSP
			Plan	VE		Plan neuer Ansatz	Verän- derung	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
TH3_03	Wirtschaftsförderu ng	330000	Verkauf Gewerbeflächen (allgemein) 2013	-150.000													I1.000590.565
			Verkauf Gewerbeflächen (allgemein) 2014						-100.000								I1.003003.565
			Verkauf Gewerbeflächen (allgemein) 2015								-100.000						I1.003013.565
			Verkauf Gewerbeflächen (allgemein) 2016									-100.000					I1.003019.565
			Zuschuss an private Unternehmen 2013	20.000		35.000	15.000										I1.000487.525
			Zuschuss an private Unternehmen 2014						20.000								I1.003005.525
			Zuschuss an private Unternehmen 2015								20.000						I1.003014.525
			Zuschuss an private Unternehmen 2016									20.000					I1.003020.525
			Zuschuss 2013 SW-Beitrag Gewerbegebiete	320.000		260.000	-60.000										I1.003021.525
			Zuschuss 2014 SW-Beitrag Gewerbegebiete						70.000								I1.003022.525
			Zuschuss 2015 SW-Beitrag Gewerbegebiete								70.000						I1.003023.525
			Zuschuss 2016 SW-Beitrag Gewerbegebiete									70.000					I1.003024.525
			<b>Objekt: BPlan 86 "Am Autobahnkreuz"</b>														
			- Ankauf Grundstücke	960.000													I1.003008.510
			<b>Objekt: Ankauf Industriegebiet Liethe</b>														
			- Ankauf	1.310.000													I1.003025.510
			- Verkauf								-1.310.000						I1.003025.565
TH3_03	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen (einschl. Beteiligungen)	330000	Erwerb Beteiligung Raiffeisenbank Rastede eG <b>2011</b>	200					200		200		200				I1.005008.520
			Erwerb Beteiligung EWE Netz GmbH			2.000.000	2.000.000										I1.005011.520
			Erwerb Beteiligung Raiffeisen- Waren-genossenschaft Ammerland-Friesland eG <b>2013</b>	1.300					1.300		1.400		1.400				I1.005009.520

TH4_01	Liegenschaften	410000	Verkauf Grünflächen Am Palsterkiel, Liegenschaften	-170.000													I1.014027.565
			Ankauf Radweg Kreyenstraße			7.000	7.000										
			Ankauf Verkehrsfläche Hesterkrugstraße			5.500	5.500										
			Strukturelle Entwicklung Marktplatz			20.000	20.000										
TH4_01	Liegenschaften, Geb. Marktplatz	410000	Wand- und Deckendämmung (Markplatzgebäude	0				4.000									I1.014019.500
TH4_01	Wohnbauförderun g	410500	Objekt: BPl. 78 B "Am Ostermoor II", Hahn-Lehmden														
			- Verkauf	-110.000		-289.000	-179.000	-54.000		0	-81.000					I1.000349.565	
			Objekt: BPl. 88 "Nördl. Havelstr."														
			- Verkauf	-398.000		-1.760.000	-1.362.000		0		0		0			I1.015005.565	
			BPlan 93, Erweiterung Südlich Schlosspark														
			- Verkauf	-85.000		-1.333.000	-1.248.000		0		0		0			I1.015006.565	
			Bplan 93b, Erweiterung Südlich Schloßpark, 2.BA														
			- Ankauf	980.000												I1.015010.500	
TH5_011	Kiga Loy	511150	- Verkauf	-850.000		-220.000	630.000	-1.690.000		0		0				I1.015011.565	
			2013 Sammelposten	1.400											I1.000446.510		
			2014 Sammelposten						900						I1.027001.510		
			2015 Sammelposten								1.000				I1.027004.510		
			2016 Sammelposten										200		I1.027006.510		
			Spielgerät - Stelzenhaus, Kiga Loy								2.500					I1.027005.510	
TH5_011	KiGa Marienstraße	511150															
			2013 Sammelposten	1.200												I1.000447.510	
			2014 Sammelposten						1.600							I1.027501.510	
			2015 Sammelposten								1.400					I1.027504.510	
			2016 Sammelposten										1.100			I1.027508.510	
			Ersatz Großkombigerät	18.000												I1.027505.510	
			Fahrradständer, Kiga Marienstr.	1.500												I1.027506.510	
			2013 Sammelposten - Kiga Marienstr. (Geb.)	800												I1.027509.510	
			Waschmaschine, Kiga Marienstr.										1.200			I1.027507.510	
			Mitarbeiterparkplatz			6.300	6.300										

TH5_011	KiGa Mühlenstraße	511150	2013 Sammelposten	2.000														I1.000448.510		
			2014 Sammelposten					2.900											I1.028001.510	
			2015 Sammelposten							3.250									I1.028005.510	
			2016 Sammelposten									1.750							I1.028013.510	
			Wickelkommode mit Treppe, Kiga Mühlenstr.	3.000															I1.028014.510	
			Schrankwand für Büro, Kiga Mühlenstr.									2.500								I1.028015.510
			Zaun, Kiga Mühlenstr.	2.500																I1.028011.510
			Beschaffung eines Spielhauses	10.000																I1.028009.500
			2014 Sammelposten - Kiga Mühlenstr. (Geb.)	0					1.000											I1.028012.510
TH5_011	KiGa Voßbarg (einschl. Gymnastikraum)	511150	2013 Sammelposten	2.000														I1.000450.510		
			2014 Sammelposten					1.900											I1.029001.510	
			2015 Sammelposten							1.800									I1.029008.510	
			2016 Sammelposten									1.600							I1.029012.510	
			Möbel - Regalsystem	1.500															I1.029013.510	
			Möbel - Wickeltisch mit Treppe					1.500											I1.029014.510	
			Sanierung Betonrippenkonstruktion	0				42.000											I1.029005.500	
			Beschaffung Hütte für Spielgeräte	5.000															I1.029010.500	
			Trampolin für den Außenbereich	0						3.000									I1.029011.510	
TH5_011	KiGa Feldbreite	511150	2013 Sammelposten	700														I1.000563.510		
			2014 Sammelposten					1.300											I1.029501.510	
			2015 Sammelposten							600									I1.029512.510	
			2016 Sammelposten									1.000							I1.029514.510	
			Zuschuss v. Landkreis, Neubau KiGa Feldbreite				-7.600	-7.600											I1.029515.555	
TH5_011	Hort Feldbreite	511150	2014 Sammelposten					650										I1.030001.510		
			2015 Sammelposten							250									I1.030002.510	
			2016 Sammelposten									400							I1.030004.510	
			Zuschuss v. Landkreis, Neubau Hort Feldbreite				-51.100	-51.100											I1.030005.555	
			Möbel - Kuschelpalast, Hort Feldbr.	0							1.600								I1.030003.510	









Planungsjahre	2013		2013 Nachtrag			2014		2015		2016		2017		Nr. I-PSP
	Plan	VE	Plan neuer Ansatz	Verän- derung	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
2013 Sammelposten (Schulbudget)	1.000													I1.000459.510
2014 Sammelposten (Schulbudget)						1.000								I1.042701.510
2015 Sammelposten (Schulbudget)								1.000						I1.042702.510
2016 Sammelposten (Schulbudget)										1.000				I1.042703.510
0) Spielgerät - Turm, GS Loy	0					6.000								I1.043206.510
Einbau eines Behinderten-WC								30.000						I1.043207.500
0) 2013 Sammelposten (Schulbudget)	1.000													I1.000460.510
2014 Sammelposten (Schulbudget)						1.000								I1.043701.510
2015 Sammelposten (Schulbudget)								1.000						I1.043702.510
2016 Sammelposten (Schulbudget)										1.000				I1.043703.510
0) Bau eines Mülleinstellplatzes	0					2.000								I1.044212.500
Energetische Sanierung Fassade Ostseite 1- geschossiger Gebäudetrakt, Fensteraustausch, Stahlbetonstützen dämmen	0							125.000						I1.044213.500
Einbau Schallschutzdecken Hort mit Flur, 2013	8.000													I1.044214.500
Einbau Schallschutzdecken Hort mit Flur, 2016										30.000				I1.044215.500
Einbau Hohlraumdämmung	0					20.000								I1.044209.500
Installation einer Amokalarmierung	20.000													I1.044216.500
Sanierung Flachdach einschl. Dämmung 2-gesch. Gebäudeteil	50.000													I1.044217.500
Kletterturm mit Zubehör	0					6.000								I1.044206.510
Sanierung Schulhof	0					30.000								I1.044218.500
Einbau eines Behindertenaufzuges								200.000		0				I1.044219.500
Einbau eines Behinderten-WC										30.000				I1.044220.500













Planungsjahre	2013		2013 Nachtrag			2014		2015		2016		2017		Nr. I-PSP
	Plan	VE	Plan neuer Ansatz	Verän- derung	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
SW-Beiträge 2013	-180.700													I1.000481.550
SW-Beiträge 2014						-122.000								I1.065904.550
SW-Beiträge 2015								-67.000						I1.065950.550
SW-Beiträge 2016										-67.000				I1.065998.550
SW-Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen) 2013	20.000													I1.000262.500.004
SW-Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen) 2014						20.000								I1.000262.500.005
SW-Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen) 2015								20.000						I1.065951.500
SW-Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen) 2016										20.000				I1.065999.500
<b>Objekt: BPl. 78 b; Nethener Weg</b>														
- Einzahlungen aus Verkauf Hausanschlusschächte; SW 2012	-2.800					-1.700		-1.700		-1.700				I1.065955.565
- SW-Kanal														I1.000276.500
<b>Objekt: BPlan 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III"</b>														
- SW-Kanal + Schächte														I1.000280.500
- Einzahlung aus dem Verkauf Hausanschlusschächte; SW 2012	-1.000					-1.000		-1.000		-1.000				I1.065956.565
<b>Objekt BPl.88 "nördlich Havelstraße"</b>														
- SW-Kanal+DRL	105.000													I1.065960.500
- Einzahlung aus dem Verkauf Hausanschlusschächte; SW 2012	-4.000													I1.065961.565
<b>Objekt BPl.91 "Buschweg"</b>														
- SW-Kanal	288.000		120.000	-168.000		250.000								I1.066000.500
- Einzahlung aus dem Verkauf Hausanschlusschächte; SW 2012	-5.000					-4.500								I1.065962.565
<b>Objekt BPl.93 "südlich Schloßpark"</b>														
- SW-Kanal			155.000	155.000										I1.065963.500
- Einzahlung aus dem Verkauf Hausanschlusschächte; SW 2012	-11.000					-7.500								I1.065964.565
<b>Objekt: Buschweg (SAB)</b>														
- SW-Kanal	128.000													I1.065923.500

Rohrnetz





Planungsjahre		2013		2013 Nachtrag			2014		2015		2016		2017		Nr. I-PSP
		Plan	VE	Plan neuer Ansatz	Verän- derung	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
TH6_01	Niederschlagswas- ser	610300	RW-Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen) 2013	20.000											I1.000291.500.004
			RW-Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen) 2014				20.000								I1.000291.500.005
			RW-Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen) 2015						20.000						I1.071926.500
			RW-Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen) 2016								19.534				I1.071954.500
			NW-Beiträge 2013	-55.000											I1.000483.550
			NW-Beiträge 2014				-37.000								I1.071904.550
			NW-Beiträge 2015						-26.000						I1.071927.550
			NW-Beiträge 2016								-26.000				I1.071955.550
			<b>Objekt: BPl. 78 b "Nethener Weg"</b>												
			- RW-Kanal												I1.000577.500
			- Einzahlungen aus Verkauf Hausanschlusschächte; RW 2012	-2.500			-1.500		-1.500		-1.500				I1.071930.565
			<b>Objekt: BPl. 59 "Gewerbegebiet Leuchtenburg III"</b>												
			- RW-Kanal + Schächte												I1.000311.500
			- Einzahlung aus dem Verkauf Hausanschlusschächte; RW 2012	-1.000			-1.000		-1.000		-1.000				I1.071932.565
			<b>Objekt BPl.88 "nördlich Havelstraße"</b>												
			- RW-Kanal	123.000											I1.071933.500
			- Einzahlung aus dem Verkauf Hausanschlusschächte	-5.000			-4.500								I1.071934.565
			<b>Objekt BPl.93 "südlich Schloßpark"</b>												
			- RW-Kanal	320.000		575.000	255.000	300.000							I1.071936.500
			- Einzahlung aus dem Verkauf Hausanschlusschächte; RW 2012	-11.000				-7.500							I1.071937.565
			<b>Objekt: Buschweg (SAB)</b>												
			- RW-Kanal	188.500		140.000	-48.500								I1.071915.500
			<b>Objekt: B-Plan 98 - Industriegebiet nördlich Hohe Loohe</b>												
			- RW-Kanal				100.000								I1.071956.500
			<b>B-Plan 99 A - Wohnbaufläche am Stratjebusch</b>												
			- RW-Kanal	20.000			323.000								I1.071957.500
			<b>Objekt: Buschweg (SAB)</b>												
			- RW-Kanal: Buschweg						200.000		50.000				I1.071915.500



Planungsjahre		2013		2013 Nachtrag			2014		2015		2016		2017		Nr. I-PSP
		Plan	VE	Plan neuer Ansatz	Verän- derung	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
<b>Objekt: August-Brötje-Straße / Schloßstraße (SAB)</b>															
- Straßenbau				4.300	4.300										I1.000332.500
- Straßenausbaubeitrag		-347.000													I1.076940.560
<b>Objekt: Deckenprogramm</b>															
- Deckenprogramm 2013		250.000													I1.076920.500
- Deckenprogramm 2014							250.000								I1.076941.500
- Deckenprogramm 2015									250.000						I1.076942.500
- Deckenprogramm 2016											250.000				I1.076943.500
<b>Objekt: Bushaltestellen</b>															
- Neubau Bushaltestellen aufgrund von Vandalismus		5.000					5.000		5.000		5.000				I1.076921.500
<b>Objekt: Voßbarg (SAB)</b>															
- Straßenbau									500.000		500.000				I1.076923.500
<b>Objekt: zentrale Bushaltestelle Feldbreite</b>															
- Neubau/behindertengerechter Umbau							159.000								I1.076944.500
- Zuschuss							-111.300								I1.076944.555
<b>Objekt: Bushaltestelle Wilhelmstraße</b>															
- Neubau/behindertengerechter Umbau		130.000					41.500								I1.076945.500
- Zuschuss		-91.000					-29.050								I1.076945.555
<b>Objekt: BPl. 86 "Am Autobahnkreuz"</b>															
- Zuschuss NBank		-84.000													I1.076946.555
<b>Objekt: GE Brombeerweg 68E</b>															
- Neue Grünanlage				40.000	40.000										
- Straßenbau		220.000													I1.076947.500
<b>Objekt: Hohe Brink 63 F</b>															
- Straßenbau				40.000	40.000										
<b>Objekt: Schützenhofstraße (SAB)</b>															
- Straßenbau				50.000	50.000										I1.000260.500
<b>Objekt: Bachstraße (SAB)</b>															
- Straßenbau				14.000	14.000										
<b>Objekt: Bushaltestellen Ortsumgehung B 211</b>															
- Neubau							10.000								I1.083402.500
- Zuschuss							-7.000								I1.083402.555



Planungsjahre	2013		2013 Nachtrag			2014		2015		2016		2017		Nr. I-PSP
	Plan	VE	Plan neuer Ansatz	Verän- derung	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	Plan	VE	
	7.091.500	2.600.000	3.817.200	1.470.300	0	4.431.300	1.900.000	1.069.000	0	1.318.484	0			

## Ergebnishaushalt

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2011 – Euro –	Ansatz 2012 – Euro –	Ansatz 2013 – Euro –	Erster Nachtrag – Euro –	Veränderung – Euro –
Ordentliche Erträge					
01. Steuern u. ähnl. Abgaben	-15.772.565,49	-15.393.000	-16.607.000	-16.650.000	-43.000
02. Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	-3.446.114,65	-3.819.100	-3.892.000	-3.248.000	644000
03. Auflösungserträge aus Sonderposten		-1.645.185	-1.826.714	-1.826.714	0
04. sonstige Transfererträge	-278.268,26	-187.400	-187.400	-187.400	0
05. öffentl.-rechtliche Entgelte	-3.111.496,55	-3.095.780	-2.966.199	-2.966.199	0
06. privatrechtliche Entgelte	-3.070.845,08	-2.081.286	-3.423.166	-5.582.166	-2.159.000
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-888.168,45	-836.550	-777.870	-782.270	-4.400
08. Zinsen/ähnl. Finanzerträge	-240.699,65	-49.247	-63.000	-63.000	0
09. aktivierte Eigenleistung					
10. Bestandsveränderungen	1.137.193,26	677.234	739.000	1.724.000	985.000
11. sonstige ordentl. Erträge	-854.695,55	-833.500	-1.212.000	-1.250.000	-38000
<b>12.= Summe ordentliche Erträge</b>	<b>-26.525.660,42</b>	<b>-27.263.814</b>	<b>-30.216.349</b>	<b>-30.831.749</b>	<b>-615.400</b>
Ordentliche Aufwendungen					
13. Aufwendungen für aktives Personal	5.992.673,30	6.220.481	7.138.619	7.138.619	0
14. Aufw. für Versorgung					
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.121.063,13	6.132.820	7.110.553	7.186.453	75.900
16. Abschreibungen	6.284,11	2.871.803	3.323.232	3.323.232	0
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	54.334,20	330.000	390.000	157.000	-233.000
18. Transferaufwendungen	8.731.023,87	9.420.100	10.081.300	10.231.300	150.000
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	1.522.433,97	1.579.567	1.710.144	1.804.144	94.000
20. Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO		709.043	462.501	991.001	528.500
<b>21.= Summe ordentliche Aufwendungen</b>	<b>21.427.812,58</b>	<b>27.263.814</b>	<b>30.216.349</b>	<b>30.831.749</b>	<b>615.400,00</b>
abzüglich Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO		709.043	462.501	991.001	528.500
<b>22. ordentliches Ergebnis</b>	<b>-5.097.847,84</b>	<b>-709.043</b>	<b>-462.501</b>	<b>-991.001</b>	<b>-528.500</b>
23. außerordentliche Erträge	-334.356,54	0	0	0	0
24. außerordentliche Aufw.n	626.280,85	0	0	0	0
25. Überschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO		0	0	0	0
<b>26. Summe aus Zeile 24 u.25</b>	<b>626.280,85</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
abzüglich Überschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO			0	0	0
<b>27. außerordentl. Ergebnis</b>	<b>291.924,31</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>28. Jahresergebnis</b>	<b>-4.805.923,53</b>	<b>-709.043</b>	<b>-462.501</b>	<b>-991.001</b>	<b>-528.500</b>
29. Summe der Jahresfehlbeträge aus Vorjahren gem. § 2 Abs. 6 GemHKVO					0
<b>Fortgeschriebenes Jahresergebnis</b>	<b>-4.805.923,53</b>	<b>-709.043</b>	<b>-462.501</b>	<b>-991.001</b>	<b>-528.500</b>

Finanzhaushalt					
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2011 – Euro –	Ansatz 2012 – Euro –	Ansatz 2013 – Euro –	Erster Nachtrag – Euro –	Verände-rung – Euro –
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben	-16.023.233,31	-15.393.000	-16.607.000	-16.650.000	-43.000
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.545.719,46	-3.819.100	-3.892.000	-3.248.000	644000
03. sonstige Transfereinzahlungen	-266.696,77	-187.400	-187.400	-187.400	0
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	-3.128.359,86	-3.095.780	-2.966.199	-2.966.199	0
05. privatrechtliche Entgelte	-198.399,03	-213.286	-1.830.166	-1.830.166	0
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-980.404,56	-836.550	-777.870	-782.270	-4.400
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	-247.618,47	-49.247	-63.000	-63.000	0
08. Einzahl. aus d. Veräußerung geringwert. Vermögensgegenstände	-414,71				
09. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-945.847,69	-924.323	-1.230.826	-1.268.826	-38000
<b>10. = Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-25.336.693,86</b>	<b>-24.518.686</b>	<b>-27.554.461</b>	<b>-26.995.861</b>	<b>558.600</b>
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	5.955.946,06	6.230.500	7.249.900	7.249.900	0
12. Auszahl. für Versorgung					
13. Auszahl. f. Sach- u. Dienstl. u. GVG	5.494.527,30	6.132.820	7.110.553	7.186.453	75.900
14. Zinsen u. ähnl. Auszahl.	54.334,20	330.000	390.000	157.000	-233.000
15. Transferauszahlungen	8.427.149,97	9.420.100	10.081.300	10.231.300	150.000
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	1.694.683,38	1.670.390	1.783.488	1.877.488	94.000
<b>17. = Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>21.626.640,91</b>	<b>23.783.810</b>	<b>26.615.241</b>	<b>26.702.141</b>	<b>86.900</b>
<b>18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-3.710.052,95</b>	<b>-734.876</b>	<b>-939.220</b>	<b>-293.720</b>	<b>645.500</b>
Einzahl. für Inv.Tätigkeit					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	-989.859,33	-677.700	-711.000	-920.100	-209.100
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	-1.440.734,61	-1.749.000	-1.445.700	-1.445.700	0
21. Veräuß. von Sachvermögen	-3.338.571,41	-2.606.900	-1.806.800	-3.965.800	-2.159.000
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit	-8.235,47	-8.647	-63.000	-63.000	0
<b>24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>	<b>-5.777.400,82</b>	<b>-5.042.247</b>	<b>-4.026.500</b>	<b>-6.394.600</b>	<b>-2.368.100</b>
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	708.670,88	4.565.000	3.250.000	3.582.500	332.500
26. Baumaßnahmen	5.940.551,42	6.017.040	6.922.100	7.633.700	711.600
27. Erwerb von beweglichen Sachvermögen	471.259,55	849.383	402.762	852.062	449.300
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	84,28		1.500	2.001.500	2.000.000
29. Aktivierbare Zuwendungen	508.318,95	646.700	529.800	874.800	345.000
30. Sonstige Investitionstätigkeit	20.883,73	189.500	11.400	11.400	0
<b>31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>	<b>7.649.768,81</b>	<b>12.267.623</b>	<b>11.117.562</b>	<b>14.955.962</b>	<b>3.838.400</b>
<b>32. Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>1.872.367,99</b>	<b>7.225.376</b>	<b>7.091.062</b>	<b>8.561.362</b>	<b>1.470.300</b>
<b>33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag</b>	<b>-1.837.684,96</b>	<b>6.490.500</b>	<b>6.151.842</b>	<b>8.267.642</b>	<b>2.115.800</b>
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	-166.400,00	-6.830.500	-6.561.842	-8.560.642	-1.998.800
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	1.565.097,40	370.000	410.000	293.000	-117.000
<b>36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>1.398.697,40</b>	<b>-6.460.500</b>	<b>-6.151.842</b>	<b>-8.267.642</b>	<b>-2.115.800</b>
<b>37. Summe der Salden aus Zeile 33 und 36</b>	<b>-438.987,56</b>	<b>30.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
38. voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Jahres			0	0	
<b>39. voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres</b>	<b>-438.987,56</b>	<b>30.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	